

(dapd - Meldung) Neue Daten zu Betrügereien im Taxigewerbe

Hinweise auf anhaltende Hinterziehungen in Milliardenhöhe –

Grünen-Abgeordnete: "Es wird viel Geld schwarz kassiert"

Im deutschen Taxigewerbe werden bundesweit ungebremst Milliardensummen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen hinterzogen. Das geht aus Zahlen aus Berlin sowie einer weiteren deutschen Großstadt hervor, die der Nachrichtenagentur *dapd* vorliegen. Die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Claudia Hämmerling, sagte der Nachrichtenagentur *dapd* dazu: "Zwar haben wir keine genauen Daten für das gesamte Bundesgebiet. Aber ich fürchte, diese Zahlen sind ein klares Indiz dafür, dass die Betrügereien in Milliardenhöhe weiter ungebremst stattfinden." Im Jahr 2001 hatte eine spezielle Expertengruppe von Bund und Ländern den Betrug beim Umsatz im Taxigewerbe auf rund 1,3 Milliarden Euro geschätzt. Schwarz gezahlte Löhne machten demnach bis zu 750 Millionen Euro aus.

Hämmerling hat von der Berufsgenossenschaft Verkehr Ende Dezember Daten zu den Beitragszahlungen der Taxiunternehmer erhalten, aus denen der systematische Betrug bei Steuern und Sozialabgaben im Berliner Taxigewerbe hervorgeht. Die Beitragszahlungen liegen zwischen 150 und 750 pro Konzession. Aus diesen Zahlen lassen sich die zugrunde liegenden Löhne berechnen. Hämmerling stellte fest, dass Taxen angeblich mit Lohnkosten von insgesamt 480 Euro im Monat betrieben wurden, was wirtschaftlich sinnlos sei. "In der Branche wird davon ausgegangen, dass die Lohnkosten 40 Prozent des Umsatzes ausmachen, das heißt, mit der Taxe, die nur 480 Euro im Monat Lohnkosten verursacht, wird so gut wie kein Umsatz rein gefahren", sagte Hämmerling der *dapd*. Wenn, wie aus den Daten hervorgeht, manche Unternehmer fünf mal weniger ausgeben als andere, ist für sie klar, dass "viel Geld schwarz kassiert wird".

Der Vorstand des Taxiverbands Berlin-Brandenburg, Detlev *Freutel*, erklärte der *dapd* Nachrichtenagentur: "Legal kann kein Unternehmer ein Taxi betreiben und dafür nur 150 Euro Beitrag zur Berufsgenossenschaft zahlen." Taxiunternehmer müssten 180 Schichten im Jahr haben, um ihre Konzession zu behalten. Wenn der einzige Fahrer des Fahrzeuges im Monat nur 480 Euro verdient, "würde das nach den bekannten Standardwerten für *Taxiumsätze* bedeuten, dass der Wagen mindestens drei von vier Wochen rumsteht". *Freutel* geht davon aus, dass jeder zweite Euro Umsatz schwarz eingesteckt wird. Zusätzlich kassierten die offiziell geringfügig beschäftigten Fahrer dann noch Transferleistungen vom Staat. Daten der Berufsgenossenschaft aus einer weiteren Großstadt, die der Nachrichtenagentur *dapd* vorliegen, zeigen, dass dort teilweise mit noch geringeren Zahlen operiert wird.

Seit dem Jahr 2001 hatte unter anderem der Bundesrechnungshof die Politik aufgefordert, die Milliardenbetrügereien zu beenden.

(dapd – Feature) Milliardenbetrug im Taxigewerbe leicht gemacht

Bund und Länder untätig - Mangel an Kontrolleuren, Betriebsprüfungen, technischen Kontrollen - Berliner Taxifunktionär: Jeder zweite Euro wird unterschlagen

Jedes Jahr werden im Taxigewerbe bundesweit mehr als eine Milliarde Euro schwarz eingesteckt. Betrogen werden der Fiskus, die Sozialsysteme, die Berufsgenossenschaft. Der Betrug ist für Unternehmer wie Fahrer fast risikolos. Derzeit ist es kaum möglich, den Tätern auf die Schliche zu kommen. Das Problem ist seit langem bekannt. Bereits vor zehn Jahren rechnete eine *Bund-Länder-Expertengruppe* mit einem *Umsatzbetrug* in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Schwarz gezahlte Löhne machten demnach 750 Millionen Euro aus. Doch die Politik blieb weitestgehend untätig.

Neue Zahlen aus Berlin zeigen jetzt das Ausmaß und die Dreistigkeit des Betrugs. Dort fand die *Verkehrsexpertin* der Grünen im Abgeordnetenhaus, Claudia Hämmerling, einen Weg, belastbare aktuelle Zahlen zu bekommen. Sie wandte sich an die Berufsgenossenschaft (BG) Verkehr, an die jeder Taxiunternehmer entsprechend seinen Lohnzahlungen nach einer festen Formel Beiträge zahlen muss. Dort erfuhr sie, dass die Berliner Taxiunternehmer zwischen 150 und 750 Euro pro Konzession zahlen. Daraus lassen sich die von den Unternehmen gezahlten Löhne ableiten.

Nachdem Hämmerling die Lohnsummen durchgerechnet hatte, wollte sie ihren Augen kaum trauen. Wer 150 Euro pro *Taxikonzession* an die Genossenschaft überweist, zahlt seinem Fahrer im Monat gerade mal 480 Euro. "Diese Angabe ist absolut dreist, das kann gar nicht sein", war ihr sofort klar. Dann würde ja ein Unternehmer mit vielleicht zwanzig Taxen seine Fahrzeuge jeweils nur eine knappe Woche fahren lassen. Dann nämlich hätten die Fahrer - die einen festen Anteil des Umsatzes als Lohn erhalten - nach aller Erfahrung ihre offiziell angegebenen 480 Euro beisammen. Die 20 Taxen würden nach dieser Rechnung dann für den Rest des Monats abgestellt. In Wirklichkeit werden natürlich ganz andere Summen eingenommen und gezahlt, das läuft dann alles schwarz. Aus weiteren Unterlagen der Berufsgenossenschaft, die der *dapd* vorliegen, geht hervor, dass in einer zweiten deutschen Großstadt sogar noch geringere Beiträge gezahlt werden. Das heißt, dort wird noch schamloser betrogen.

Kein Geld für mehr Kontrollen

Hämmerling engagiert sich seit Jahren, um etwas an diesen Zuständen zu ändern, denn "die ehrlichen Unternehmer stehen mit dem Rücken zur Wand". Die Abgeordnete machte bereits 2007 öffentlich, dass allein in Berlin mit einem jährlichen Schaden von 50 Millionen Euro gerechnet wird. 2009 teilte dann die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit, dass sechs neue Stellen beantragt seien, um die Kontrollen zu verschärfen. Das erwies sich allerdings bisher als Luftnummer. Eine Nachfrage der Nachrichtenagentur *dapd* bei dieser Senatsverwaltung am vergangenen Freitag war ernüchternd. "Viel weiter als vor zwei Jahren sind wir leider nicht", sagte eine Sprecherin. "Die angeforderten sechs Stellen wurden mit Verweis auf die

Haushaltslage verweigert." Weiter hieß es, dass Kontrollen einen hohen Verwaltungsaufwand erforderten, weshalb mit dem derzeitigen Personalbestand nicht mehr Überprüfungen zu leisten seien. Das macht Claudia Hämmerling richtig sauer: "Es ist einfach Schwachsinn, was da passiert. Das ist verantwortungslos." Die Investition in zehn neue Stellen koste vielleicht 500.000 Euro im Jahr, wobei Berlin noch auf seinen Stellenpool zugreifen könnte, der ohnehin bezahlt wird. "Und damit", rechnet sie vor, "könnte man das Hundertfache, nämlich 50 Millionen Euro wieder *reinwirtschaften*. Mehr Kontrolle heißt weniger Betrug."

Taxigewerbe klassisches Feld der Schwarzarbeit

Der Sprecher der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls erklärt, das Taxigewerbe sei ein klassisches Feld für Schwarzarbeit: "Es werden von den Fahrern staatliche Leistungen bezogen, in der Regel Hartz IV oder Arbeitslosengeld, und dann wird über das erlaubte Maß dazu gearbeitet." Für die Unternehmer lohnt sich der Betrug erst recht. Nach Meinung des stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner *Taxi-Vereinigung*, Matthias *Bornschein*, sind 70 Prozent der Berliner Taxifahrer Sozial-schmarotzer, die ihre echten Umsätze verheimlichen und betrügen. Das funktioniere wie in der ganzen Republik: Taxameter, Tachostände und Buchhaltungsprogramme würden manipuliert, betrügerische Taxiunternehmer ließen dann auch Schichtzettel, Servicerechnungen und Tankquittungen verschwinden. *Bornschein* sagt: "Das Problem ist, dass die Behörden in der Regel nur große Betriebe mit einer richtigen Betriebsprüfung kontrollieren. Die kleineren Firmen mit vier oder fünf Taxen werden fast nie durchgeprüft. Und bei Straßenkontrollen ist kaum einer zu überführen."

Detlev *Freutel*, Vorstand des Taxiverbands Berlin-Brandenburg, geht davon aus, dass jeder zweite Euro vom Umsatz schwarz eingesteckt wird. Allein in Berlin liegt der Umsatz der Branche nach seiner Schätzung bei 250 bis 300 Millionen Euro im Jahr. "Wer bis vor ein paar Jahren über das Thema Schwarzarbeit in unserer Branche gesprochen hat, auch bundesweit, der wurde als Nestbeschmutzer beschimpft. Ich bin selber aufgefordert worden zurückzutreten von meinem Verbandsposten", sagt *Freutel*. Man wolle das Thema in vielen Verbänden noch immer totschweigen oder kleinsprechen, obwohl "die ehrlichen Unternehmer für ihre betrügerischen Kollegen die Zeche mit zahlen müssen".

Die überführten und verurteilten Betrüger in der ganzen Republik seien dann angeblich immer Einzelfälle und schwarze Schafe. Es sind aber trotz des geringen Risikos erwischt zu werden, viele schwarze Schafe: In Nürnberg wurde ein *Taxi-Unternehmer* zu drei Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt für 400.000 Euro Steuerbetrug und 500.000 Euro *Sozialabgabenbetrug*. Ein Rosenheimer wurde bei 50-fachem Sozialbetrug erwischt. In Osnabrück endeten nach einer Großrazzia 90 Verfahren mit Strafbefehl oder Urteil. Bei dieser Razzia im Jahr 2000 kam erstmals das Ausmaß des Betrugs ans Licht. Und der ehemalige Präsident des Deutschen Taxi- und *Mietwagenverbandes* ist inzwischen vorbestraft, weil ein Gericht ihn wegen Sozialversicherungsbetrugs zur Zahlung von 210 Tagessätzen verurteilte.

Alle wissen Bescheid, keiner tut was

Nach der Großraffia in Osnabrück war vielen klar, dass etwas geschehen muss. Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, Beratungen abgehalten, Berichte vorgelegt. Experten des *Bund-Länder-Fachausschuss* taxierten im Jahr 2001 den Betrug bei den Umsätzen auf 1,3 Milliarden Euro, Löhne in Höhe von 750 Millionen Euro würden schwarz gezahlt. Die Arbeitsgruppe machte Vorschläge zur Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten und für Anpassungen der Gesetze und Vorschriften. Doch nichts geschah. Die zuständigen Bundesministerien richteten eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ein. Wieder geschah nichts. Das kritisierte der Bundesrechnungshof 2006. Weitere Steuerausfälle in Millionenhöhe seien "nicht länger hinnehmbar", weswegen Sofortmaßnahmen vorgeschlagen worden seien. Der Rechnungshof erwarte, "dass umgehend Maßnahmen eingeleitet werden". Der Appell verpuffte.

Hamburg zeigt wie es geht

In Hamburg lässt man seit 2004 ein *Dauer-Gutachten* über die wirtschaftliche Lage des Taxigewerbes erstellen. Dessen erstes Ergebnis wurde 2006 vorgelegt und war so erschreckend, dass sich endlich etwas tat. Denn bei 58 Prozent der überprüften Unternehmen waren die Angaben zu den Umsätzen betriebswirtschaftlich einfach nicht plausibel. Mit den Taxen wurde so wenig verdient, dass sie eigentlich nur aus "Liebhaberei" gefahren wurden. Danach schuf die Hansestadt fünf neue *Kontrollstellen*. *Taxi-Konzessionen* gibt es jetzt nur noch bei plausibler Geschäftsführung, Tachostände werden immer wieder kontrolliert und in einem Pilotprojekt wird das *nicht-manipulierbare Fiskaltaxameter* eingesetzt. Die Folge: diverse Konzessionen wurden zurückgegeben und die gemeldeten Umsätze stiegen deutlich an. Die Abgeordnete Hämmerling fordert jetzt die Übernahme des Hamburger Modells. Mit zehn Stellen gelänge es nach ihrer Einschätzung den "Berliner Sumpf auszutrocknen". Zudem fordert sie vom Bund, schnell die Plausibilitätsprüfung der Umsätze vorzuschreiben und die Beweislast umzukehren: "Das Unternehmen muss dann beweisen, wie es mit solch geringen Umsatzzahlen wirtschaftlich überleben kann." Das *betrugssichere Fiskaltaxameter* soll bundesweit übrigens ab 2016 kommen - hoffentlich, muss man wohl anfügen.

(dapd – Stichwort) Die Kölner Masche – wie der Betrug im Taxigewerbe funktioniert

Wer in Köln schnell an eine *Taxikonzession* kommen möchte, muss rund 80.000 Euro zahlen. Die Hälfte davon schwarz. Weil es gesetzlich verboten ist, Konzessionen zu verkaufen, werden die Geschäfte als angebliche Unternehmensveräußerungen getarnt. Dieser illegale Handel mit den Genehmigungen floriert. Ein Taxifahrer schilderte der Nachrichtenagentur *dapd* nach Zusicherung der Anonymität, wie die Geschäfte in Köln laufen, wie sie quasi zum Betrug zwingen und wie der genau funktioniert.

Nach Angaben des Insiders erhält der Käufer für die 80.000 Euro nur das Papier, kein Fahrzeug. Im Vertrag über die Unternehmensveräußerung werden offiziell höchstens 40.000 Euro aufgeführt, der Rest wird unter der Hand bezahlt. *Neuunternehmer* müssten also fast zwangsläufig das Gesetz brechen - und könnten die Investition von 40.000 Euro Schwarzgeld auch nur über Betrug wieder reinholen.

Der Fahrer rechnet vor: 2.000 kostet das Taxi monatlich fix. Als *Alleinfahrer* kann man mit einer 60 bis 70 Stunden Woche 4.500 bis 5.000 Euro Umsatz machen. Um die Investitionen in überschaubarer Zeit wieder hereinzuholen, muss man am Limit fahren und steckt in der Regel etwa 2.000 Euro vom Umsatz schwarz ein. Dafür müssen dann der Tacho und die Buchhaltung manipuliert werden, Tankquittungen verschwinden. Der Insider versichert, dass die entsorgten Quittungen im Monat einen Wert von 500 Euro haben können. Wenn der Unternehmer einen Fahrer einstellt, der offiziell als Aushilfe beschäftigt ist, faktisch aber zum Beispiel nachts voll arbeitet, erwirtschaftet dieser Angestellte zusätzlich etwa 4.500 Euro Umsatz. Der *Nachtfahrer* kriegt davon 2.000 Euro auf die Hand und holt sich, da er ja offiziell kaum etwas verdient als geringfügig Beschäftigter, dazu noch Transferleistungen wie Hartz IV, Arbeitslosen- oder Wohngeld vom Staat.

Der Unternehmer verdient auf diese Weise nach Abzug aller Kosten, die ja nicht in den Büchern auftauchen dürfen, etwa 2.000 Euro schwarz im Monat. Mit dem unterschlagenen Umsatz und den unterschlagenen Sozialleistungen für den angestellten Fahrer können nach Angaben des Insiders dauerhaft 3.000 Euro in der eigenen Tasche verschwinden. Dafür müsse man zwar viel manipulieren, aber das Risiko dabei erwischt zu werden, sei relativ gering. Der Betrug funktioniere bundesweit nach diesem Muster.

(dapd - Wortlaut) "Groß angelegter Betrug in der Taxibranche"

Die verkehrspolitische Sprecherin der Berliner Grünen, Claudia Hämmerling, hat sich von der Berufsgenossenschaft Verkehr die *Beitragszahlen* aus dem Taxigewerbe geben lassen. Für die Abgeordnete deuten die Daten auf Betrug in Milliardenhöhe hin. *dapd*-Redakteur Steffen Mayer sprach mit ihr darüber.

dapd: Warum glauben Sie, dass im Taxigewerbe systematisch betrogen wird?

Hämmerling: Vertreter der korrekt arbeitenden Taxiverbände sagen einem offen, wie in der Branche betrogen wird. Und es gab bereits vor Jahren Razzien und Untersuchungen, die das zeigen. Aber man kriegt keine aktuellen belastbaren Zahlen, Belege oder Steuerdaten. Deswegen habe ich bei der Berufsgenossenschaft Verkehr nachgefragt, und jetzt habe ich einen indirekten Beleg. Die Genossenschaftsbeiträge sind ja abhängig vom gezahlten Lohn. Und es kann mir keiner weißmachen, dass hier in Berlin der eine Taxifahrer mit seiner Konzession 480 Euro im Monat verdient und sein Kollege in einer anderen Taxe verdient 2400 Euro. Das kann nicht sein, dass hier der eine Unternehmer mit seinen Taxen fünf mal weniger verdient als der andere. Das ist ein klares Indiz für Betrug.

dapd: Wie kamen Sie zu diesen Lohnsummen?

Hämmerling: Ich habe die Beitragszahlungen der BG Verkehr herangezogen und mittels der *Berechnungsformel* der Berufsgenossenschaft *zurückgerechnet*, aufgrund welcher Lohnsummen diese Beiträge gezahlt wurden. Es ist eigentlich unfassbar. Die BG gibt an, dass der Beitrag je erteilter Konzession zwischen 150 und 750 Euro liegt. Bei 150 Euro Beitrag würden pro Taxe 5.760 Euro Lohn im Jahr gezahlt werden oder im Monat 480 Euro. Es wird in der Branche davon ausgegangen, dass die Lohnkosten bei etwa 40 Prozent des Umsatzes liegen, den man mit dem Taxi macht. Das heißt, mit der Taxe, die nur Lohnkosten von 480 pro Monat verursacht, wird so gut wie kein Umsatz *reingefahren*. Das sind teilweise Unternehmen die 10, 20 oder 30 Taxen betreiben und dann machen sie damit einfach keinen Umsatz. Hier springt einem förmlich ins Auge, dass Geld schwarz einkassiert wird.

dapd: Was ärgert Sie daran am meisten?

Hämmerling: Mich ärgern daran drei Sachen. Erstens sind die Ehrlichen einmal wieder die Dummen. Die ehrlichen Taxiunternehmen zahlen die Zeche für die Betrüger. Sie zahlen mehr in die Berufsgenossenschaft ein, sie zahlen mehr in die Sozialsysteme und müssen mit den betrügerischen Taxiunternehmern konkurrieren auf einem gesättigten Markt. Zweitens ist es bekannt seit dem Jahr 2000, seit es die Großrazzia im Taxigewerbe in Osnabrück gab, dass es einen groß angelegten Betrug in der Branche gibt und man unternimmt nichts dagegen, weder auf Bundes- noch auf Landesebene. Es gibt die Überlegung in fünf Jahren ein *manipulationssicheres Fiskaltaxameter* einzuführen, aber warum wartet man damit schon zehn und jetzt noch einmal 5 Jahre. Drittens ärgert mich die Reaktion mancher Taxiunternehmen. In Berlin gehen Branchenvertreter davon aus, dass jährlich 50 Millionen Euro an Steuern und Sozialabgaben nicht bezahlt werden, dazu kommt noch der Betrug, weil Fahrer, die

angeblich so gut wie nichts verdienen, noch Transferleistungen, wie Hartz IV oder Wohngeld beziehen. Und wenn ich das benenne, werfen mir einige Unternehmer vor, ich würde die Branche ungerechtfertigterweise kriminalisieren.

dapd: Wie groß ist der Schaden insgesamt?

Hämmerling: Den Schaden bundesweit kann ich als Landespolitikerin nicht seriös beziffern. Ich habe nur die Befürchtung, dass sich die Schadenssummen nicht groß geändert haben seit 2001, als der *Bund-Länder-Fachausschuss* von einem konservativ kalkulierten Betrug bei den Umsätzen von 1,3 Mrd. Euro und schwarz gezahlten Löhnen von 750 Millionen Euro ausging. Wenn man das für die seither vergangenen zehn Jahre zusammenrechnet, das sind Milliarden, die am Fiskus und den Sozialsystemen vorbei eingesteckt wurden. Dazu kommen die ungerechtfertigt kassierten Sozialleistungen.

dapd: Warum wird nichts gegen diesen Betrug unternommen?

Hier gibt es ein absolutes Desinteresse der Politik das Problem zu lösen - und das ist für mich nicht nachvollziehbar. Die Dimension des Betruges ist bekannt, sogar der Bundesrechnungshof hat im Jahr 2006 die Untätigkeit des Bundes gerügt und Maßnahmen dagegen gefordert. Die erwähnte Großbrazzia in Osnabrück zog zig Verfahren nach sich, Untersuchungen in Hamburg ergaben vor fünf Jahren, dass fast 60 Prozent der Taxen mit absolut nicht plausiblen offiziellen Umsatzzahlen fahren. Die nehmen so wenig - das geben sie zumindest an - ein, dass die Fixkosten eigentlich schon alles auffressen. Die Fahrer sitzen sozusagen aus Liebhaberei hinterm Steuer. In Hamburg hat man etwas getan. Dort wurden fünf Leute eingestellt, *die* die Plausibilität der Umsätze prüfen und auch Taxen in der Stadt kontrollieren. Und die Branche reagierte: zahlreiche *Taxikonzessionen* wurden zurückgegeben, da sah wohl jemand sein Geschäftsmodell gefährdet und plötzlich stiegen auch die angegebenen Umsätze um 15 bis 20 Prozent.

dapd: Was fordern Sie?

Hämmerling: Wir fordern, dass das Land Berlin ganz schnell zehn Planstellen schaffen muss. Nach dem Hamburger Vorbild würde es gelingen, diesen Sumpf auszutrocknen, dann können alle wieder vernünftig und steuerehrlich arbeiten und die ehrlichen Unternehmer müssten nicht tagtäglich diesen ungerechten Konkurrenzkampf ausfechten. Das Land Berlin hätte erheblich mehr Steuereinnahmen. Damit könnte man zum Beispiel die Schlaglöcher reparieren, und die Sozialkassen würden bekommen, was ihnen zusteht und was sie ja auch brauchen. Und die ehrliche Unternehmen wären auch nicht mehr der ruinösen Konkurrenz ausgesetzt.

dapd: Was verlangen Sie vom Bund?

Der Bund müsste unabhängig von technischen Lösungswegen vorschreiben, dass die *Landessteuerbehörden* sich die Unternehmensunterlagen genau ansehen müssen. Bei allen Unternehmen, die lächerliche Umsatzzahlen vorlegen, dürfte das nicht mehr akzeptiert werden, sondern müsste zwangsläufig eine Kontrolle nach sich ziehen. Unternehmen könnten verpflichtet werden, die *Taxameter-Daten*, die das Eichamt jährlich erfasst, vorzulegen und man könnte das sogenannte *Beweislastverfahren*

umkehren. Zum Beispiel indem das Unternehmen beweisen muss, wie es ohne adäquate Umsatzzahlen wirtschaftlich überleben kann und dabei gleichzeitig seiner *Betriebspflicht* nachgekommen ist. Das kann man alles sehr schnell umsetzen ? wenn man es nur will.

(dapd - Datenblatt) Taxigewerbe in fünf Zahlen

- Taxen bundesweit: 50.000 (Stand: 2008)
- Taxibetriebe: 22.400 (2008)
- davon Betriebe mit einem Taxi: 16.100 (2008)
- beförderte Personen: 415 Millionen (2007)
- Einnahmen im Taxi und Mietwagenverkehr: 3,7 Milliarden Euro (2007)

Quelle: Deutscher Taxi- und Mietwagenverband aus "Verkehr in Zahlen 2009/2010" des Bundesverkehrsministeriums